DIE GEMEINSAME AGRARPOLITIK DER EU HEUTE

(The Current EU Common Agricultural Policy)

Philipp Schilling
Georg-August-Universität Göttingen
Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung

Einleitung

„The year 2013 will be a new milestone in the history of the CAP. For 50 years, the European agriculture policy has fed the European project. This policy is not only tailored for farmers but for all European citizens. It concerns all of us. " (Ciolo, 2010, S. 3) Die abschließenden Sätze des neuen EU-Agrarkommissars bei der öffentlichen Debatte über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) symbolisieren die Kernaspekte der EU Agrarpolitik in ihrem Selbstverständnis und insbesondere die inhaltliche Ausrichtung, die sie in der Zukunft haben soll.

EU Agrarpolitik heute ist sowohl inhaltlich als auch in ihren Instrumenten nicht mehr mit der protektionistischen und preisregulierenden Politik der ersten 30 bis 40 Jahre zu vergleichen. Die Reformprozesse seit 1992 bis zum Health Check (HC) 2008 führten zu einer Politik, die nicht mehr versucht einzelne Produktionssektoren in Form von Markt- und Preisunterstützungen zu fördern, sondern in einer gemeinsamen Marktordnung und durch direkte Einkommenstransfers Exportsubventionen und Preisunterstützung abbaut (Silvis & Lapperre, 2010, S. 179 ff.). Neben diesen marktrelevanten Entwicklungen kamen auch der Umweltschutz und die ländliche Entwicklung immer mehr in den Fokus der Politik. Als Meilensteine sind hier die Bildung der zweiten Säule (Entwicklung des ländlichen Raums, ELER) durch die Agenda 2000 zu nennen sowie die Entscheidung im Mid-Term-Review 2003 zur Modulation, also einen Teil der Zahlungen der ersten Säule (Direktzahlungen, DZ) in die zweite Säule umzuleiten (Thomson, Berkhout, & Constantinou, 2010, S. 383f.).

Mit Spannung wird auf die Vorschläge bezüglich der neuen Strategie „Europa 2020"gewartet, die nach 2013 in Kraft treten wird. Bereits jetzt lassen sich aber Positionen und Richtungen hervorheben, welche die Agrarpolitik bisher maßgeblich mit beeinflusst haben und entsprechend auch in der Zukunft Gewicht besitzen werden.

In dieser Seminararbeit werden die aktuelle Agrarpolitik erklärt und analysiert sowie Tendenzen für die zukünftige Entwicklung abgeleitet. Dazu werden im folgenden Kapitel 0 das Spannungsfeld der EU Agrarpolitik anhand der Veränderungen der letzten Jahre hergeleitet und die Einflussfaktoren kurz dargestellt. Um die Auswirkungen dieser Entwicklung zu verstehen, werden in Kapitel 0 die Situation europäischer Landwirte aufgezeigt und im speziellen deren Abhängigkeiten von der Politik beschrieben. Anhand dieser Analysen und der aktuellen Diskussionen erfolgt in Kapitel 0 ein Ausblick, in welche Richtung sich die Agrarpolitik nach 2013 entwickeln könnte. Abschließend werden die Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst.

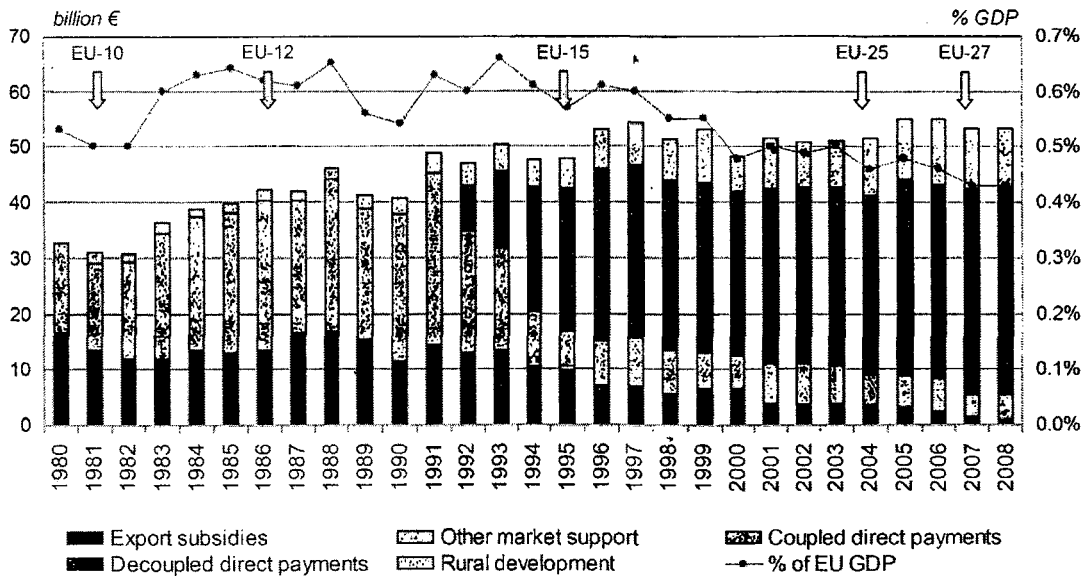
Spannungsfeld der EU Agrarpolitik

Mit der Übertragung des Initiativrechts und der Finanzierungskompetenz von nationaler auf europäische Ebene war die Agrarpolitik bereits zu Beginn der europäischen Gemeinschaft ein Kernstück der Politik und Repräsentant der Grundprinzipien: Einheit des Marktes, Gemeinschaftspräferenz und finanzielle Solidarität (BMELV, 2010). Dies ist in vielen anderen Bereichen der Politik heute noch nicht erreicht.

Durch die Entwicklung verschiedener Marktordnungen für Agrarprodukte mit hohen Inlandspreisen und Außenzöllen war die EU Agrarpolitik aber auch ein äußerst protektionistisches System, das zu Handelsverzerrungen auf dem Weltmarkt und hohen Kosten für die inländischen Steuerzahler und Verbraucher führte. Aufgrund steigender Kosten für das Agrarbudget, aber vor

allem durch den Druck der außereuropäischen Handelspartner kam es durch die MacSharry-Reform 1992 zu einer neuen, marktliberaleren Politikrichtung (Silvis & Lapperre, 2010, S. 165 f.). Inhaltlich bedeutete dies eine Senkung der Mengen- und Preisunterstützung sowie die Einbeziehung von umweltgerechten Produktionsverfahren. Es folgte die Agenda 2000 als Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, welche die Liberalisierung durch weitere Interventionspreissenkungen vorantrieb und die Einkommensverluste durch Einführung von direkten Einkommenstransfers ausglich. Zusätzlich wurde durch die Einführung der 2. Säule der Agrarpolitik der ländlichen Entwicklung eine stärkere Rolle zugewiesen. Die Fischler Reform 2003 stellt die Grundlage für die heutige Agrarpolitik dar, weil der Budgetrahmen bis 2013 festgelegt wurde. Die Entkopplung der DZ von der Produktion und Bindung an die Cross-Compliance-Auflagen (CC-Auflagen) sowie die Einführung der Modulation stellen die wichtigsten Elemente dieser Reform dar. Zusätzlich wurden aber auch die Interventionspreise weiter gesenkt (Weingarten, 2010, S. 8). Abbildung 2 verdeutlicht, wie sich die Ausgaben der EU in Folge der Reformen verändert haben.

Abbildung 2: Entwicklung der EU-Agrarausgaben (1980-2008 in Mrd. € und % des EU BIP)



(Europäische Kommission, 2010 a)

Es ist zu erkennen, dass die markt- und preisbezogenen Ausgaben (Other market support, Export subsidies) seit 1992 kontinuierlich gesunken sind und 2008 nur noch rund 10 % ausmachen. Dagegen haben die DZ stetig zugenommen, wobei die entkoppelten DZ durch den Beschluss der Fischler Reform nach und nach die produktionsbezogenen DZ ersetzen. Auch der Anteil für ländliche Entwicklung hat seit 1992 erkennbar zugenommen. Auf der Sekundärachse ist der prozentuale Anteil des Agrarbudgets am EU-Bruttoinlandsprodukt (BIP) abgetragen. Während die EU durch die EU-Osterweiterung weiter gewachsen ist, hat das Agrarbudget nur wenig zugenommen und in Bezug auf das BIP sogar abgenommen.

Über die letzten 20 Jahre ist der Anteil der Agrarausgaben am gesamten EU-Budget von 75 % auf 44 % gesunken. 2013 darf der Anteil der 1. Säule nur noch 30 % und der 2. Säule 10 % des Gesamtbudgets betragen (Europäische Kommission, 2009, S. 10).

In den Jahren 2004 bis 2007 wurde kontinuierlich an der Vereinheitlichung der verschieden Marktorganisationen gearbeitet, sodass eine gemeinsame Marktordnung (GMO) entstand, in der fast alle Agrarprodukte integriert sind. Die vorerst letzten Beschlüsse für die Budgetperiode bis 2013 wurden schließlich durch den HC 2008 getroffen (Silvis & Lapperre, 2010, S. 165 f.).

Die Beschlüsse des HC umfassen als Kernelemente die Reduktion der Getreideinterventionspreise auf ein Grundniveau, den Wegfall der bereits ausgesetzten

Flächenstilllegung, das Auslaufen der Milchquote in 2015 (mit einer jährlichen Quotenaufstockung zum gleitenden Übergang) sowie eine Erhöhung der Modulation auf 10 % (Gömann, et al., 2009, S. 4) und stehen somit ebenfalls im Zeichen der Liberalisierung.

Es ist erkennbar, dass die EU-Agrarpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten einen starken Wandel durchlebte, der mit z.T. erheblichen Einschnitten für die landwirtschaftliche Produktion einherging. Die Begründungen für die durchgeführten Maßnahmen sind vielfältig. Zum einen haben die während der 80er Jahre ausufernden Budgetausgaben, die zwischen 1982 und 1986 im Durchschnitt um 15 % anstiegen (Bos, 2010, S. 79), innerhalb der EU zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt. Zum anderen bildete sich ein massiver Druck durch die außereuropäischen Handelspartner während der Uruguay Runde, deren Ergebnisse der EU keine andere Option als grundlegende Reformen ließen (Huige, Lapperre, & Stanton, 2010, S. 89 f.). Nicht zu vernachlässigen sind aber auch die gesellschaftlichen Veränderungen in Europa über die letzten 60 Jahre. Während in der Nachkriegszeit noch die Nahrungsmittelversorgung und die Unterstützung des Agrarsektors als wichtige Aufgaben angesehen wurden, haben sich diese Ansichten ab den 70er Jahren drastisch geändert. Der Anteil der Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel liegt mittlerweile zwischen 25 % und z.T. unter 10 % in der EU, sodass nicht die Nahrungsmittelversorgung sondern die Nahrungsmittelsicherheit und –qualität im Vordergrund der Diskussion stehen[1]. Zusätzlich fiel in Westeuropa der Anteil der Landwirtschaft an der Wirtschaftsleistung in vielen Regionen unter 10 %, wodurch eine Unterstützung der Landwirte nicht mehr gleich zu setzten ist mit der Unterstützung der ländlichen Regionen. Als drittes gesellschaftliches Argument kommt der Sinneswandel vieler Regierungen zum Tragen, die eine Unterstützung von Wirtschaftssektoren durch Marktregulationen trotz der Lebensmittel- und Finanzkrise der letzten Jahre nicht mehr für notwendig erachten (Meester, 2010, S. 405 f.).

Situation landwirtschaftlicher Betriebe in der EU

Um die Veränderungen und Auswirkungen der EU-Agrarpolitik richtig zu verstehen und bewerten zu können, ist es notwendig die Situation der davon betroffenen Gruppen zu betrachten. Wie bereits im vorherigen Kapitel beschrieben sind dies mittlerweile nicht mehr nur die europäischen Landwirte, sondern auch die außereuropäischen Handelspartner, verschiedene Organisationen im ländlichen Raum sowie die Umwelt bzw. die Natur selbst. Da die Betrachtung der beiden zuletzt genannten Gruppen sehr komplex ist und z.T. auch nur langfristig bewertet werden kann, wird sich im Folgenden auf die Situation landwirtschaftlicher Betriebe in der EU sowie den Weltmarkt konzentriert.

Die Interventionspreissenkungen für fast alle Agrarprodukte bewirkte eine Anpassung der Preise auf das Weltmarktniveau, sodass Handelsverzerrungen und Wohlfahrtsverluste verringert werden konnten (Weingarten, 2010, S. 9). Die folgende Die DZ sind die zweite Möglichkeit zur finanziellen Unterstützung der Landwirte. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten die Wahl zwischen verschiedenen Vergabemodi. Die Höhe der DZ basierte entweder auf den in der Vergangenheit erhaltenen Zahlungen des Betriebes, einem regional festen Betrag oder einer Kombination aus den beiden Varianten (Hybridmodell). Alle Varianten beziehen sich jeweils auf die bewirtschafteten Hektar. Die Beträge sind entsprechend sehr unterschiedlich in ihrer Höhe für die verschiedenen Länder, aber auch bezogen auf die Produktionsrichtungen im Referenzzeitraum (2000 - 2002). 2006 betrugen die durchschnittlichen DZ der EU-25 2160 € pro Betrieb oder 160 € pro Hektar, was in etwa der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens der landwirtschaftlichen Betriebe entspricht. Zwei Jahre zuvor waren die Zahlungen noch um 20 % niedriger, was mit den Ausgleichszahlungen

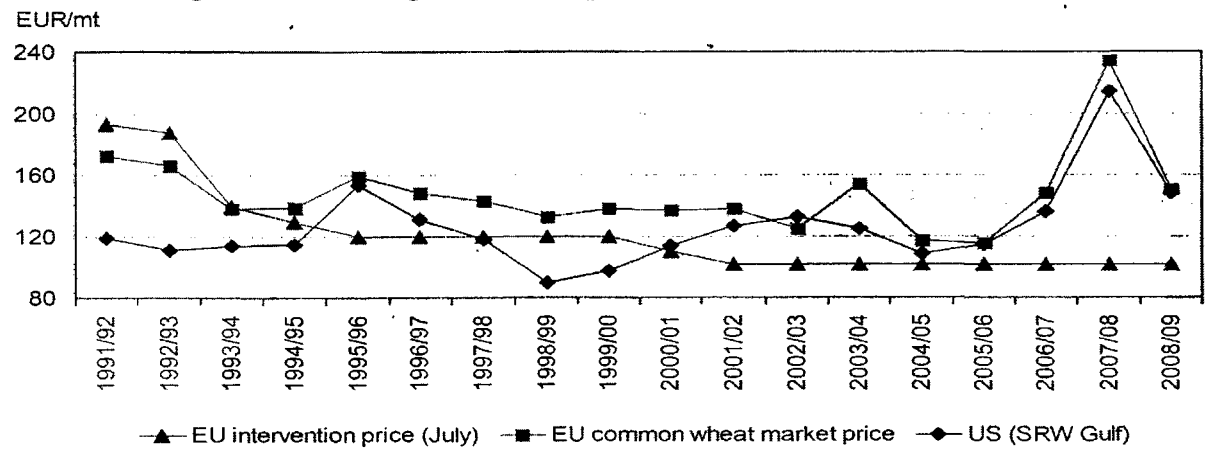
[1] Die Reformen im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit, die vor allem durch die BSE-Krise Mitte der 90er Jahre ausgelöst wurden, werden in dieser Arbeit aufgrund des vorgegebenen Umfangs nicht weiter diskutiert. Es ist jedoch erwähnenswert, dass durch die Maßnahmen der letzten Jahre der Lebensmittelsektor nach dem Automobil- und Chemiesektor in Bezug auf die Regulationsstärke an 3. Stelle innerhalb der EU liegt (v. d. Meulen & v. d. Velde, 2010, S. 274).

für verringerte Marktunterstützungen zusammenhängt. Außerdem sind sie nunmehr gekoppelt an die CC-Auflagen. Nichtbeachtung dieser landnutzungs- und produktionsbezogenen Regularien kann zu einer Kürzung der Zahlungen führen. Zum einen sind die DZ somit ein Druckmittel für eine fachgerechte und nachhaltige Landwirtschaft und zum anderen entsprechen sie mehr als zuvor dem gesellschaftlichen Anspruch der Gegenleistung für die gezahlten Subventionen (Jongeneel & Brand, 2010, S. 195-199).

Abbildung 3 zeigt diesen Prozess beispielhaft für den Weizenmarkt. Der Weltmarktpreis ist anhand des soft-red-winter US-Weizenpreises dargestellt.

Die DZ sind die zweite Möglichkeit zur finanziellen Unterstützung der Landwirte. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten die Wahl zwischen verschiedenen Vergabemodi. Die Höhe der DZ basierte entweder auf den in der Vergangenheit erhaltenen Zahlungen des Betriebes, einem regional festen Betrag oder einer Kombination aus den beiden Varianten (Hybridmodell). Alle Varianten beziehen sich jeweils auf die bewirtschafteten Hektar. Die Beträge sind entsprechend sehr unterschiedlich in ihrer Höhe für die verschiedenen Länder, aber auch bezogen auf die Produktionsrichtungen im Referenzzeitraum (2000 - 2002). 2006 betrugen die durchschnittlichen DZ der EU-25 2160 € pro Betrieb oder 160 € pro Hektar, was in etwa der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens der landwirtschaftlichen Betriebe entspricht. Zwei Jahre zuvor waren die Zahlungen noch um 20 % niedriger, was mit den Ausgleichszahlungen für verringerte Marktunterstützungen zusammenhängt. Außerdem sind sie nunmehr gekoppelt an die CC-Auflagen. Nichtbeachtung dieser landnutzungs- und produktionsbezogenen Regularien kann zu einer Kürzung der Zahlungen führen. Zum einen sind die DZ somit ein Druckmittel für eine fachgerechte und nachhaltige Landwirtschaft und zum anderen entsprechen sie mehr als zuvor dem gesellschaftlichen Anspruch der Gegenleistung für die gezahlten Subventionen (Jongeneel & Brand, 2010, S. 195-199).

Abbildung 3: Entwicklung der Weizenpreise von 1992 bis 2009



(Europäische Kommission, 2009, S. 4)

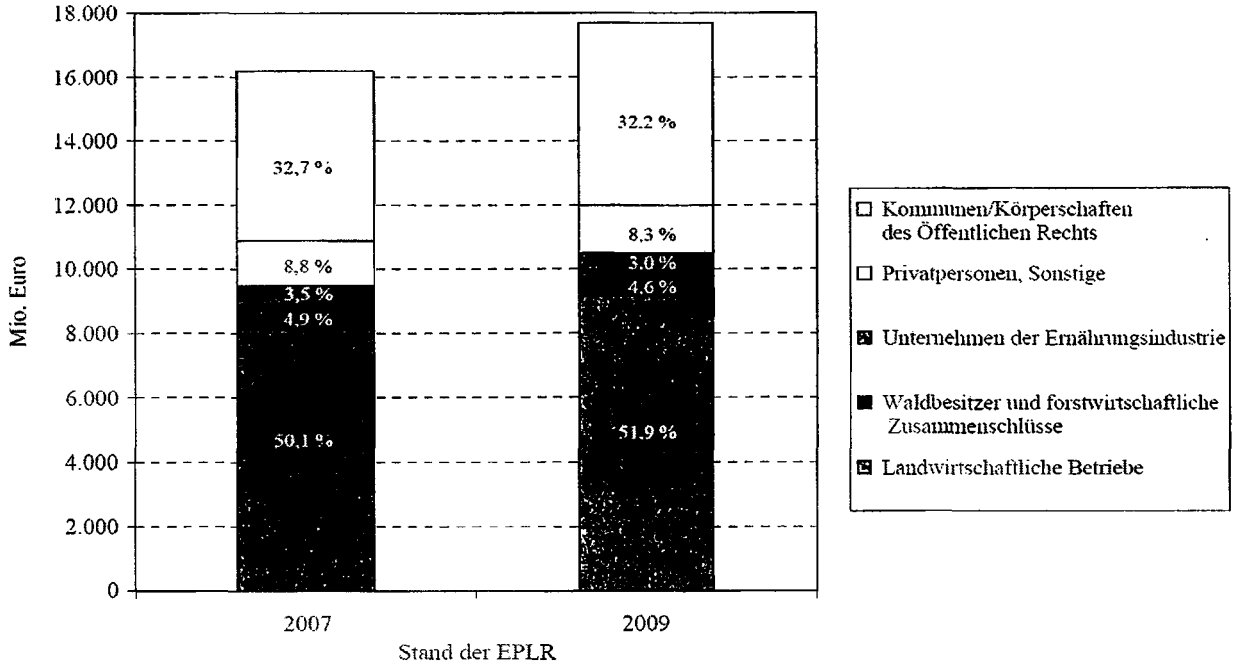
Der dritte für die landwirtschaftliche Produktion relevante Faktor ist, neben der Preisunterstützung und den DZ, mittlerweile die zweite Säule der EU-Agrarpolitik, da dieser Bereich im Rahmen des HC um 942 Mio. € aufgestockt wurde (Tietz, 2010, S. 1). Die Förderung des ländlichen Raumes verfolgt drei Kernziele: 1. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, 2. Verbesserung von Umwelt und Landschaft und 3. Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Zur Erreichung dieser Ziele können Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes beantragt werden, die jedoch von den Mitgliedländern oder deren Staaten kofinanziert werden müssen (BMELV, 2009, S. 20-25).

Im Rahmen des HC wurde die Zielsetzung verändert, sodass zusätzlich die neuen

Herausforderungen durch den Klimawandel, die Bioenergie und das Wassermanagement im Fokus der Förderung stehen sollen. Insgesamt wurden 80 verschiedene Programme europaweit bewilligt (davon 14 aus Deutschland). Am stärksten gefördert werden in Deutschland die Agrarumweltmaßnahmen (24,7 %), gefolgt von der einzelbetrieblichen Investitionsförderung (11,3 %) und der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (10,8 %) (Tietz, 2010, S. 2 f. und 38 f.).

In der folgenden Grafik ist die Verteilung der Mittel des ELER-Fonds durch das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR) nach Bezugsgruppen in Deutschland dargestellt.

Abbildung 4: Verteilung der ELER-Mittel für Deutschland vor und nach dem Health Check



(Tietz, 2010, S. 41)

Auffällig ist, dass der Anteil der Mittel, welche an die landwirtschaftlichen Betriebe gezahlt werden, zugenommen hat und der Bezug aller anderen Gruppen prozentual abgenommen hat. Mit 51,9 % war die Landwirtschaft in Deutschland eindeutig die stärkste Bezugsgruppe gefolgt von den öffentlichen Körperschaften mit 32,2 %.

Zu erklären ist diese Verteilung trotz der Neuausrichtung durch den HC, durch die Forderungen auch der deutschen Regierung die Milchwirtschaft stärker zu unterstützen, sowie die Tatsache, dass nicht beantragte Mittel, für andere Bereiche genutzt werden können. In Zukunft lässt die angespannte Haushaltssituation vieler Kommunen eine weitere Kürzung in diesem Bereich vermuten. Auf der anderen Seite ist der hohe Anteil an Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen, welche zum Großteil die landwirtschaftlichen Betriebe erhalten, auch ein Indiz für einen positiven Nutzen für die Umwelt (Tietz, 2010, S. 42 f.).

Zusammenfassend lässt sich in Bezug auf die Situation der landwirtschaftlichen Betriebe sagen, dass sie Einkommenseinbußen aufgrund geringerer Subventionen erleiden müssten und diese bis 2013 weiter kompensieren müssen. Die Produktionsrichtung ist mittlerweile schon seit einigen Jahren im Wesentlichen durch den Weltmarkt bestimmt, was sicherlich zu einer Beschleunigung des Strukturwandels und einer verstärkten Nachfrage nach Risikoabsicherungsinstrumenten führen wird. Die Fördermittel des ELER-Fonds laufen zum überwiegenden Teil zurück in die Landwirtschaft, stehen jedoch nicht allen Betrieben gleichermaßen zur Verfügung, sodass hier

gezielt bestimmte Maßnahmen und Regionen unterstützt werden können.

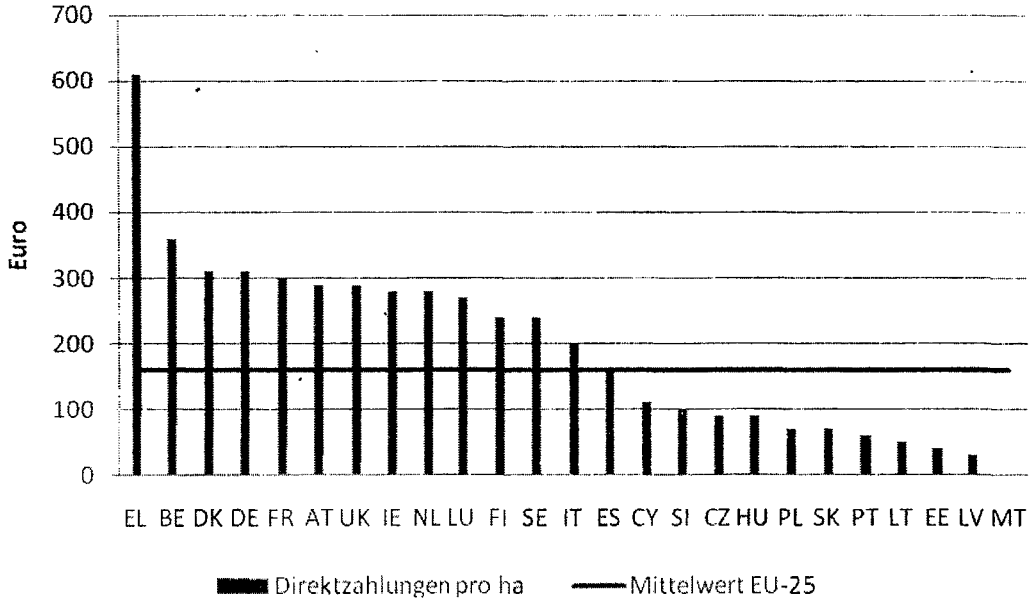
Zukünftige Entwicklungen der EU Agrarpolitik

Wie bereits in der Einleitung beschrieben, befinden wir uns momentan in der Meinungsbildungsphase für die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik nach 2013. Am 19.-20. Juli diesen Jahres fand in Brüssel die Konferenz zur GAP nach 2013 statt, die allen Interessensgruppen die Chance geben sollte, Positionen und Meinungen darzustellen als Basis für die Gesetzesvorlage der Europäischen Kommission (Europäische Kommission, 2010 b). Die Kernpunkte der Debatten waren zum einen die Strukturen der Förderung in Bezug auf die Fortführung der zwei Säulen, sowie Höhe und Verteilung der DZ. Zum anderen wurden zukünftige Themen, die nicht nur die Landwirtschaft sondern auch die Gesellschaft als Ganzes betreffen, diskutiert, nämlich die Nahrungsmittelsicherheit, die Umwelt, der Klimawandel, der Arbeitsmarkt und die volatilen Märkte (Ciolo, 2010, S. 2).

Einige europäische Mitgliedsstaaten, wie z.B. die Niederlande, sowie Bereiche der Wissenschaft sehen die Begründung für die DZ als Einkommensbeihilfe bzw. Ausgleich für die CC-Auflagen als nicht mehr gerechtfertigt und plädieren stattdessen für eine Vergütung gesellschaftlich relevanter Leistungen. Zusätzlich zu der generellen Infragestellung der DZ birgt auch die heterogene Verteilung innerhalb der EU für erheblichen Diskussionsbedarf. Die osteuropäischen Mitgliedsstaaten drängen zunehmend auf einen Ausgleich der DZ (Weingarten, 2010, S. 13 ff.).

Abbildung **5** zeigt die durchschnittlichen DZ der Mitgliedsländer sowie den Durschnitt der EU-25 von 2006.

Abbildung 5: Durchschnittliche Direktzahlungen der EU-25 in 2006



(Eigene Darstellung nach Europäische Kommission, 2008, S. 19)

Es wird deutlich, dass die Westeuropäischen Staaten wesentlich höhere Leistungen erhalten als die neuen Beitrittsländer, was an der historischen Bemessungsgrundlage liegt. Bei einer Begründung der DZ durch die CC-Auflagen, welche in den Mitgliedsstaaten annähernd gleich ausfallen, lassen sich solche Unterschiede nur noch schwer begründen.

Weiterführend werden Diskussionen über den Sinn einer zweiten Säule der Agrarpolitik geführt, da sich diese inhaltlich mit der ländlichen Entwicklung beschäftigt, in welcher die Landwirtschaft nur noch eines von vielen Elementen darstellt. Daraus resultiert die Frage, weshalb

Agrarpolitiker die Verantwortung für diesen Wirtschaftsbereich besitzen und weshalb die EU diesen kofinanzieren muss.

Der EU-Agrarkommissar stellte jedoch bereits klar, dass es auch künftig zwei Säulen geben wird, um Landwirte für die Bereitstellung öffentlicher Güter zu honorieren und mithilfe der zweiten Säule neuen Herausforderungen zu begegnen. Neben den bereits diskutierten Schwerpunkten wie Marktliberalisierung, Umweltschutz, Nahrungsmittelqualität und die Entwicklung des ländlichen Raums, werden in Zukunft zunehmend das Risiko- und Krisenmanagement, der Klimawandel und auch die Nahrungsmittelversorgung mit Blick auf eine weiter steigende Weltbevölkerung an Bedeutung gewinnen und somit auch Aufgabe der GAP werden (Ciolo, 2010, S. 3 ff.). Wie allerdings das Parlament und der EU-Ministerrat unter Berücksichtigung von Budgetrestriktionen und gesellschaftlichen Belangen entscheiden werden, bleibt abzuwarten.

Fazit

„EU policy for agriculture, food and rural areas is increasingly designed to [...] ensure a vital, sustainable and competitive agriculture and food industry in Europe in the future, [...]" (Meester, 2010, S. 422). Die inhaltliche Veränderung von einer abgeschotteten und produktionsorientierten hin zu einer liberalen und gesellschaftsgerichteten Agrarpolitik in der EU wurde und wird noch immer unterstützt.

Die Seminararbeit zeigte die Entwicklungen und Auswirkungen der EU-Agrarpolitik der letzten Jahre und den daraus resultierenden Fragestellungen für die Zukunft. Eine veränderte Gesellschaft hat zwangsläufig auch eine veränderte Politik zur Folge, die nicht nur zurück, sondern vor allem nach vorne schauen muss.

Eine Rückkehr zu der „alten" Agrarpolitik stellt keine Option mehr da und wurde auch in keiner der bisherigen Studien zur zukünftigen Ausrichtung in Erwägung gezogen (Weingarten, 2010, S. 15). Hingegen werden neue Themen, die nicht nur die Landwirtschaft sondern auch oder vor allem den ländlichen Raum betreffen, diskutiert und als neue Politikfelder erkannt. Fraglich bleibt indes, wer letztlich von einer gestärkten zweiten Säule profitiert und in wie weit Interessensgruppen Einfluss auf Vergabe und Ausrichtung der Maßnahmen behalten. Eine Steuerung regionaler Förderung von europäischer Ebene birgt die Gefahr zunehmender Bürokratie und Bevormundung nationaler Interessen.

Vor diesem Hintergrund bleibt auch in Zukunft die EU-Agrarpolitik ein spannendes Gebiet mit vielen Punkten, die zu Diskussion und Kritik anregen.

Literaturverzeichnis

1. BMELV. (2009). Was ist uns unsere Landwirtschaft wert? Bonn: aid infodienst.
2. BMELV. (2010). Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik. Abgerufen am 07. 08 2010 von http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Europa-Internationales/Agrarpolitik/GAP-Geschichte.html
3. Bos, M. (2010). The EU budget. In A. Oskam, G. Meester, & H. Silvis, EU policy for agriculture, food and rural areas (S. 73-87). The Netherlands: Wageningen Academic Publisher.
4. Ciolo, D. (2010). Introduction. The Common Agricultural Policy after 2013 Public debate - Summary Report (S. 3). Brüssel: Europäische Kommission.
5. Europäische Kommission. (2008). Direct payments distribution in the EU-25 after implementation of the 2003 CAP reform based on FADN data. Abgerufen am 18. August 2010 von http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/fadn/reports/hc0304_distribution_eu25.pdf
6. Europäische Kommission. (Dezember 2009). Agricultural Policy Perspectives. Abgerufen am 15. August 2010 von http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/perspec/app-briefs/index_en.htm
7. Europäische Kommission. (Januar 2010 a). Agriculture and Rural Development. Abgerufen am 17. August 2010 von http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/graphs/index_en.htm
8. Europäische Kommission. (2010 b). Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Abgerufen am

18. August 2010 von Die GAP nach 2013: http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/conference/index_de.htm
9. Gömann, H., Kleinhanß, W., Kreins, P., v. Ledebur, O., Offermann, F., Osterburg, B., et al. (2009). Health Check der EU-Agrarpolitik - Auswirkungen der Beschlüsse. Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Institut für Ländliche Räume, Braunschweig.
10. Huige, R., Lapperre, R., & Stanton, G. (2010). The WTO context. In A. Oskam, G. Meester, & H. Silvis, EU policy for agriculture, food and rural areas (S. 89-101). The Netherlands: Wageningen Academic Publisher.
11. Jongeneel, R., & Brand, H. (2010). Direct income support and cross-compliance. In A. Oskam, G. Meester, & H. Silvis, EU policy for agriculture, food and rural areas (S. 191-205). The Netherlands: Wageningen Academic Publisher.
12. Meester, G. (2010). Future developments and policies. In A. Oskam, G. Meester, & H. Silvis, EU policy for agriculture, food and rural areas (S. 403-425). The Netherlands: Wageningen Academic Publisher.
13. Silvis, H., & Lapperre, R. (2010). Market, price and quota policy: half a century of CAP experience. In A. Oskam, G. Meester, & H. Silvis, EU policy for agriculture, food and rural areas (S. 165-189). The Netherlands: Wageningen Academic Publisher.
14. Thomson, K., Berkhout, P., & Constantinou, A. (2010). Balancing between structural and rural policy. In A. Oskam, G. Meester, & H. Silvis, EU policy for agriculture, food and rural areas (S. 377-392). The Netherlands: Wageningen Academic Publisher.
15. Tietz, A. (2010). Auswirkungen von Health Check und EU-Konjunkturprogramm auf die ländlichen Entwicklungsprogramme der deutschen Bundesländer. Institut für Ländliche Räume. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
16. v. d. Meulen, B., & v. d. Velde, M. (2010). The General Food Law and EU food legislation. In A. Oskam, G. Meester, & H. Silvis, EU policy for agriculture, food and rural areas (S. 267-283). The Netherlands: Wageningen Academic Publisher.
17. Weingarten, P. (Februar 2010). Agrarpolitik in Deutschland. (Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg.) Aus Politik und Zeitgeschichte: Landwirtschaft, S. 6-17.